



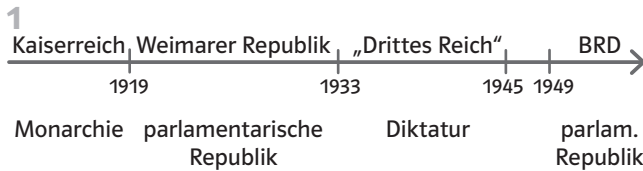
## Training

### Kompetenzen

Die Schülerinnen und Schüler

- wenden ihre erworbenen Kompetenzen an.

### Kennen und verstehen



- 2
- richtig
  - richtig
  - Falsch. 1948 setzten die Westmächte den Parlamentarischen Rat ein.
  - richtig
  - Falsch. NGOs sind unabhängig von staatlicher Unterstützung.

### Beurteilen und bewerten

- 3
- Die Weimarer Republik musste die militärische Niederlage Deutschlands und die harten Bedingungen des Versailler Vertrages zu Beginn annehmen. Die Kriegsschulden und Reparationsforderungen der Sieger führten zur völligen Entwertung des Geldes. Putschversuche von rechts und links heizten das politische Klima in den Anfangsjahren zusätzlich auf.
  - Hitler und die Politiker der DNVP machten keinen Hehl daraus, dass sie die parlamentarische Demokratie ablehnten. 1923 scheiterte Hitler mit einem Putschversuch, 1932/33 nutzte er die Weltwirtschaftskrise zum Kampf gegen die Demokratie.
  - Ohne Parteien, die Bürger informieren, Lösungen für Probleme finden und Möglichkeiten geben, sich als Bürger aktiv zu beteiligen, gäbe es keine Demokratie. Bei Wahlen haben die Bürger die freie Entscheidung zwischen Parteien zu treffen. Deswegen sind Parteien für eine Demokratie nicht nur wichtig, sondern unverzichtbar.
- 4
- Die Weimarer Republik respektierte den Wählerwillen stärker als das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland. Das uneingeschränkte Verhältniswahlrecht gab auch kleinsten Parteien die Möglichkeit, in den Reichstag zu kommen. Außerdem ließ die Weimarer Verfassung sogar verfassungsfeindliche Parteien zu.
  - Die Menschenrechte regeln das Zusammenleben in demokratischen Gesellschaften. Sie stellen sicher, dass man seine Meinung äußern darf und sich vielfältig informieren kann. Kein Mensch muss in einer Demokratie Angst um sein Leben haben, wenn er sich kritisch zur Regierung äußert. Aus diesen Gründen sind Menschenrechte unabdingbar für die Demokratie.

### Handeln

- 5 individuelle Schülerlösung; z. B. Prüfung, ob eine Partei die Werte einer freiheitlichen Demokratie verteidigt oder eher angreift, ob sie für Toleranz eintritt oder nicht
- 6
- In der Bundesrepublik Deutschland gibt es keine direkte Wahl des Präsidenten mehr. Volksentscheide sind nicht vorgesehen.
  - Die starke Stellung des Reichspräsidenten gibt es in der Verfassung der Bundesrepublik Deutschland nicht. Auch die Direktwahl und der Verzicht auf Volksentscheide können als Lehren aus Weimar bezeichnet werden.
- 7
- Bundespräsident: repräsentiert Deutschland nach außen, unterzeichnet Gesetze  
Bundestag: beschließt Gesetze, bewilligt Haushalt, wählt Bundeskanzler, kontrolliert Regierung (Opposition)  
Bundesrat: an der Gesetzgebung beteiligt  
Bundesregierung: Umsetzung der Gesetze  
Bundesverfassungsgericht: Hüter der Verfassung
  - Die Bundesregierung ist an die Gesetze des Bundestages gebunden. Der Bundestag wählt den Bundeskanzler und als Teil der Bundesversammlung den Bundespräsidenten sowie die Hälfte der Richter des Bundesverfassungsgerichtes. Der Bundesrat ist ebenso Teil der Bundesversammlung und wirkt bei der Gesetzgebung des Bundes mit.
  - Der Bundestag ist die direkt gewählte Volksvertretung der Deutschen.